

Hochseeschutz: Hoffnung für das Lebenselixier des Planeten?

Von JULIA LAUTER

Weit draußen vor unseren Küsten liegt eine weitgehend ignorierte Weltregion, an der das Überleben der Menschheit hängt: die Hohe See. Sie bedeckt zwei Drittel der Erdoberfläche, in ihr leben rund 80 Prozent aller Tierarten, sie reguliert das globale Klima, bindet ein Drittel des vom Menschen verursachten CO₂ und produziert darüber hinaus die Hälfte des globalen Sauerstoffs und damit jeden zweiten unserer Atemzüge. Die Hohe See ist das Gebiet, das 200 nautische Meilen (etwa 370 Kilometer) vor den Küsten beginnt und von dem bis heute weniger als ein Prozent erforscht ist. Sie gehört keinem Staat allein, sondern allen gemeinsam. Und genau darin liegt die historische Chance und die große Herausforderung des Abkommens mit dem Namen »Biodiversität jenseits nationaler Gesetzgebung« (*Biodiversity Beyond National Jurisdiction, BBNJ*), das am 17. Januar 2026 in Kraft tritt: Es ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der den Wettlauf um die Ausbeutung der Meere abbremst und der Hohen See endlich besseren Schutz bieten soll.

Die Zeit drängt: Die Meeresoberflächentemperaturen im Nordatlantik sind in jüngster Zeit so stark angestiegen, dass die bisherigen Skalen zu deren Messung erweitert werden mussten. Die marine Artenvielfalt ist durch Überfischung, Übernutzung und Versauerung der Ozeane bedroht und die Küstengewässer sind mit Chemikalien, Kunststoffen und Müll verschmutzt: Ganze zehn Prozent der untersuchten Meeresarten sind gar vom Aussterben bedroht, über 37 Prozent der globa-

len Fischvorkommen übernutzt.¹ Zugleich wachsen stetig die Begehrlichkeiten auf den kommerziellen Abbau von Rohstoffen und Metallen am Meeresgrund.

Der schlechte Zustand der Meere, so heißt es oft, sei eine Folge der Wildweststimmung, die auf Hoher See herrsche: Jeder nehme sich dort, was er wolle. Doch das Bild ist schief, denn die Hohe See ist kein rechtsfreier Raum. Es gibt bereits eine ganze Reihe von Abkommen und Regimen, die die Nutzung der Meere auch jenseits staatlicher Grenzen regeln: das Seerechtsübereinkommen (UNCLOS), das alle Nutzungsarten der Meere festlegt, Institutionen wie den Seegerichtshof (ITLOS) oder die Meeresbodenbehörde (ISA), die Weltschifffahrtsorganisation (IMO), die etwa die Verschmutzung der Meere durch Schiffe verhindern soll, sowie Übereinkommen zum Fischereimanagement, zur Biodiversität und zum Artenschutz, die in Einzel- und Regionalabkommen geregelt werden.

So spannt sich ein dichtes, aber lückiges Netz aus Abkommen über die Hohe See, mit überlappenden geografischen und inhaltlichen Zuständigkeiten und ohne übergeordnetes Koordinationsorgan. Es handelt sich also eher um ein Wimmelbild aus Regulierungen als um den Wilden Westen. Der Meeresschutz

JULIA LAUTER, geb. 1986 in Paris, ist Philosophin und Politikwissenschaftlerin sowie freie Journalistin und Autorin. 2025 erhielt sie den Deutschen Preis für Klimajournalismus.

1 Vgl. one-ocean-science-2025.org.

kommt dabei eindeutig zu kurz: Nur 1,45 Prozent der internationalen Gewässer sind aktuell geschützt. Zu wenig, um die Ökosystemleistungen der Meere langfristig zu garantieren. Die Frage ist: Was kann das neue Abkommen daran ändern?

Die Hoffnungen sind enorm

»Der Ozean ist das Lebenselixier unseres Planeten. Und heute haben Sie ihm neues Leben und neue Hoffnung eingehaucht, damit er eine Überlebenschance hat.«² Mit diesen Worten eröffnete der UN-Generalsekretär António Guterres im Juni 2023 die Sitzung, in der das Abkommen beschlossen wurde. Die Rede war von nicht weniger als einem historischen Abkommen zur supranationalen Durchsetzung gemeinsamer Ziele auf knapp 336 Mio. Quadratkilometern »Niemandsländ«. Ein großer Wurf, bei dem mächtige staatliche Verhandlungsdelegationen mit zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Koalitionen kooperiert haben und dabei von einer Allianz aus kleinen Inselstaaten³ angetrieben wurden – ein kleines Wunder in Zeiten, in denen der Multilateralismus bereits totgesagt wurde.

Nach 20 Jahren Verhandlungen tritt das BBNJ für ein internationales Abkommen zudem phänomenal schnell in Kraft. In der zweiten Augusthälfte 2026 soll in New York bereits das erste der jährlich angesetzten Treffen der Vertragsstaaten stattfinden, die COP Ocean. Den Kern des Abkommens bilden erstens die Einrichtung von Schutzgebieten in der Hohen See, zweitens die Regelung für den Umgang mit marinegenetischen Ressourcen, drittens die Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen für schädliche Aktivitäten auf Hoher See sowie viertens Maßnahmen zur Kapazitätsbildung und

zum Technologietransfer, sodass auch Nationen Zugang zu Informationen und Forschung auf der Hochsee bekommen, die bisher keinen haben – und das sind viele: Bislang führen fünf Staaten 97 Prozent der Tiefseeexpeditionen durch.

Die Einrichtung neuer Meeresschutzgebiete auf Hoher See als das zentrale Versprechen kann künftig bereits mit einer Dreiviertelmehrheit beschlossen werden – ein entscheidender Vorteil etwa gegenüber dem regionalen Antarktis-Schutzabkommen CCAMLR. Lange schon soll ein Schutzgebiet im Weddellmeer östlich der antarktischen Halbinsel eingerichtet werden, einem der letzten weitgehend unberührten Meeresgebiete weltweit, Heimat von 14 000 Arten, Rückzugsort für kälteliebende Meerestiere und wichtige CO₂-Senke. Doch China und Russland verhin- dern das seit vielen Jahren per Veto.

Ist sich die Mehrheit der BBNJ-Vertragsstaaten einig, könnte auch das Biodiversitätsziel in greifbare Nähe rücken, demzufolge bis 2030 weltweit 30 Prozent der Landes- und Meeresfläche unter Naturschutz gestellt werden sollen. Bisher

»Nur 1,45 Prozent der internationalen Gewässer sind aktuell geschützt.«

sind es nur 8,4 Prozent der Meeres- und 17 Prozent der Landfläche.⁴ Bis unter dem BBNJ tatsächlich Schutzgebiete eingerichtet werden, wird es aber noch Jahre dauern. Denn wo welche Gebiete mit welcher Art von Nutzungseinschränkung ausgewiesen werden sollen, muss noch ausgehandelt werden. Sicher ist nur, welche Gebiete es nicht werden: jene, über die schon gestritten wird – wie das Weddellmeer.

Unsicher ist auch noch, wie der Schutz tatsächlich aussehen wird. Denn

2 Secretary-General's remarks at the Intergov. Conference on an Int'l Legally Binding Instrument under the UN Convention on the Law of the Sea on the Conservation and Sustainable use of Marine Biological Diversity of Areas Beyond National Jurisdiction, un.org, 19.6.2023.

3 SIDS Advance Historic Achievement of BBNJ Treaty, aosis.org, 5.3.2025.

4 Beyond coverage: strengthening the quality of protected and conserved areas, unep-wcmc.org, 2025.

es gibt keine globale Meerespolizei, die die Einhaltung der BBNJ-Regeln überwachen könnte. Die Vertragsstaaten müssen selbst das Monitoring übernehmen und Verstöße gegen das Abkommen melden – bei 64 Prozent der Erdoberfläche keine leichte Aufgabe, zu der nur eine Handvoll Nationen überhaupt technisch in der Lage ist. Auch dieses Abkommen kann also nur so effektiv sein, wie die Unterzeichner es sein lassen. Und wie jedes andere völkerrechtliche Abkommen gilt auch das BBNJ nur für die Länder, die es mittragen. Geostategisch wichtige Länder wie Russland und die USA haben das Abkommen nicht ratifiziert. Die US-Regierung hat andere Pläne: Ende April 2025 unterzeichnete US-Präsident Donald Trump ein Dekret, das den baldigen Beginn des kommerziellen Tiefseebergbaus in nationalen und internationalen Gewässern ermöglichen soll.⁵ Zuständig für die Vergabe von Explorations- und Abbaulizenzen auf Hoher See ist eigentlich die Internationale Meeresbodenbehörde. Doch die USA sind keine UNCLOS-Vertragspartei und könnten sich im Alleingang Stücke aus dem gemeinsamen Erbe der Menschheit, der Hohen See, herauschneiden. Für den Multilateralismus wäre das ein herber Schlag und für den Meeresschutz ebenfalls.

Ein neuer Rahmen für Kooperation

Die Ausgangsbedingungen für letzteren sind allerdings kompliziert, denn formal darf das neue Abkommen die bereits existierenden Hochsee-Regime nicht untergraben und muss kohärent mit diesen zusammenwirken. Wie kommerzieller Tiefseeabbau- oder Fischfanglizenzen in Zukunft mit dem Hochseeschutz vereinbart werden können – das ist die drängendste Verhandlungsfrage, über die auf den kommenden Ocean COPs diskutiert werden muss. Für viele Verhandler handelt es sich bei diesen Konferenzen um die zentrale Säule des BBNJs: Sie bilden eine Plattform, bei der erstmals alle Nutzer und

Akteure an einen Tisch kommen, um auf globaler Bühne über das Zusammenspiel von Fischerei, Schifffahrt, Meeresboden-nutzung und Biodiversität zu verhandeln.

Wenngleich das weniger historisch als vielmehr pragmatisch klingt, sei das Abkommen notwendig, so Stefan Hain vom renommierten Alfred-Wegener-Institut: »Es wird den Zustand der Meere verbessern, wenn unter BBNJ neue Normen für den Meeresschutz etabliert werden, die dann auch von anderen regionalen oder sektoralen Übereinkommen übernommen werden können.«⁶

Lange verhandelt wurde zudem über die faire Verteilung von Gewinnen aus den marinegenetischen Ressourcen der Hohen See. Das betrifft zum einen Forschungsergebnisse, die bisher nur von einer Handvoll Ländern ermittelt werden können (darunter Deutschland) und die in Zukunft durch ein zentrales Register auch anderen Nationen zugänglich gemacht werden sollen. Und es geht dabei um Geld: Die Gewinne aus dem Bereich der marinen Biotechnologie (etwa aus neuen Medikamenten oder Materialien) liegen laut einer Studie im Auftrag der EU-Kommission derzeit zwischen 400 und 650 Mio. US-Dollar pro Jahr.⁷ Wie die Mitgliedstaaten daran in Zukunft beteiligt werden, muss auf den Ocean COPs geklärt werden. Sebastian Unger, Leiter der Abteilung zum Schutz der Meere im Bundesumweltministerium, bremst die Erwartungen an Umverteilung: »Das Access- und Benefit-Sharing wird keine Geldpresse sein«, sagt er, aber es könne erstmals einen fairen Zugang zu Informationen ermöglichen und neue Kapazitäten in anderen Ländern schaffen.⁸

Das aber ist ein wichtiges Zeichen für die Allianzen des Globalen Südens, die sich besonders für dieses Abkommen ein-

5 Unleashing America's Offshore Critical Minerals and Resources, whitehouse.gov, 24.4.2025.

6 Im Gespräch mit der Autorin am 1.12.2025.

7 European Climate, Infrastructure and Environment Executive Agency Study on »Marine Genetic Resources« Market Value and State of the Art of Commercialisation of Related Products in the Context of the BBNJ Negotiations, cinec.europa.eu, 2025.

8 Im Gespräch mit der Autorin am 3.12.2025.

gesetzt haben. Die schnelle Ratifizierung des BBNJs wurde von kleinen Inselstaaten überhaupt erst ermöglicht, ihrer herausragenden Rolle wird darum auch im Abkommen Rechnung getragen. »Viele indigene Völker haben spezifisches Wissen, das für den Hochseeschutz sehr relevant ist, tradierte Kenntnisse über Wanderverhalten und Laichgebiete bestimmter Arten, die besonders geschützt werden müssen«, so Stefan Hain. »Es ist wichtig, dass wir dieses Wissen bei der BBNJ-Umsetzung und relevanten Forschungsarbeiten auf der Hohen See mit einbeziehen.«

Nord- und Ostsee als Industriegebiet

Für die Lebewesen im Meer spielen die rechtlichen Grenzen, mit denen wir Menschen Küsten, Tiefsee und Meeresgrund rechtlich voneinander separiert haben, indes keine Rolle. Für sie gibt es nur den einen zusammenhängenden Ozean. Der globale Meeresschutz kann also nur so gut sein, wie er in den Gewässern bis zur 200-Seemeilen-Grenze bisher schon ist. Und das bereitet Grund zur Sorge, denn den Meeren geht es schlecht, global, aber auch in Deutschland.

Hierzulande liegt das daran, dass Nord- und Ostsee neben Ökosystemen vor allem auch Industriegebiete sind. Sie werden intensiv genutzt für die Fischerei, die dort weiter auch mit zerstörerischen Grundschleppnetzen betrieben wird, für die Schifffahrt als bedeutendem Verkehrsweg, für die Förderung von Sand, Kies, Öl und Gas sowie zur Energiegewinnung mittels Offshore-Windkraftanlagen. Die Verschmutzung durch Einträge aus der Landwirtschaft und die steigenden Wassertemperaturen tun ihr Übriges. Und obwohl Populationen von traditionellen Brotfischen wie dem Hering in der Ostsee bereits kurz vor dem Kollaps stehen, verhängt der EU-Fischereirat auch für 2026 noch kein striktes Fangverbot.

Ohnehin lösen Schutzgebiete allein die Probleme nicht. Denn auch wenn heute schon 45 Prozent der Fläche in den deutschen Meeresgebieten unter Schutz

stünden, existiere dieser meist nur auf dem Papier, erläutert Franziska Saalmann von Greenpeace. Auch Sebastian Unger vom Bundesumweltministerium räumt ein: Die Schutzfunktion der Flächen reiche qualitativ nicht aus. Und sie zu stärken sei schwierig, weil Fischereibeschränkungen mit den anderen EU-Ländern abgestimmt werden müssen. Abseits der Küstengewässer darf darum bislang unbeschränkt gefischt werden - davon ausgenommen ist nur eine Zone von 50 Quadratkilometern auf der Amrumbank.

Doch es gibt auch Lichtblicke für den nationalen Meeresschutz, etwa einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, der Öl- und Gasförderung in Schutzgebieten beschränken soll. Positiv ist auch, dass trotz knapper Kassen Geld für Schutzmaßnahmen vorhanden ist: 400 Mio. Euro fließen aus Ausgleichszahlungen für Offshore-Windenergie-Lizenzen in einen Fonds, pro Jahr sollen daraus rund zehn Mio. Euro für den Meeresschutz verwendet werden.

Der Schutz des blauen Kontinents ist weder national noch international einfach zu haben. Auch das BBNJ steht im Verdacht, wenig echte Erfolge erzielen zu können. Befürchtet wird, dass es dem Hochsee- wie dem Klimaschutz ergehen könnte: Jahr für Jahr wird verhandelt und dennoch nicht verhindert, dass die Atmosphäre der Erde sich immer weiter aufheizt und die Bedrohung für unsere Lebensgrundlagen mit jedem Zehntelgrad wächst. Trotzdem sollte man das BBNJ nicht voreilig abschreiben, insbesondere deshalb nicht, weil die Menschen entlang der Küsten im Globalen Süden darauf bestehen. Sie sind es, die von Stürmen und Überschwemmungen, von Fischsterben und kollabierenden Nahrungsketten als Erste betroffen sind.

Es stimmt, der Kern des BBNJ - neue Schutzgebiete, ihre Überwachung, das Benefit-Sharing, der Kapazitätsaufbau - ist bisher nicht mehr als ein Zeichen der Hoffnung. Aber sicher ist: Ohne das Abkommen gäbe es nicht einmal diese. ◻